

# **Wahlprüfsteine des AStA der TU Braunschweig**

## **Antworten des Kreisverbandes Braunschweig von Bündnis 90/Die Grünen**

### **1. Sozialverträgliches Wohnen:**

Das Thema Wohnungsbau und bezahlbarer Wohnraum ist auch für uns schon seit längerer Zeit eines der Hauptthemen unserer Arbeit im Rat. Im Moment befindet sich ein Wohnraumkonzept zur Abstimmung in den politischen Gremien, das im Wesentlichen unsere Handschrift trägt und vorsieht, dass bei allen Neubauprojekten ein bestimmter Anteil an preisgünstigen Wohnungen vorgesehen wird. Wir sind auch bereit dazu, städtische Gelder für dieses Wohnraumkonzept in die Hand zu nehmen, um die Anreize für Investoren zu erhöhen, günstige Wohnungen neu zu errichten.

Studien zufolge fehlen in Braunschweig perspektivisch ca. 6.000 Wohnungen. Auch wenn in der letzten Zeit viele Neubauprojekte auf den Weg gebracht wurden oder sich bereits im Bau befinden, ist es angesichts dieser Zahlen klar, dass wir diese Wohnungen nicht von heute auf morgen werden errichten können. Wir hoffen aber, dass durch das neue Wohnraumkonzept noch schneller mehr günstiger Wohnraum zur Verfügung stehen wird.

### **2. ÖPNV in Braunschweig:**

Das Thema „Umweltfreundliche Mobilität“ ist für die Grünen seit jeher ein zentrales Thema, wobei wir immer schon stark auf den sog. Umweltverbund, also ÖPNV, Radverkehr und fußläufiger Verkehr gesetzt haben. Im Bereich des ÖPNV werden wir uns dafür einsetzen, dass das Stadtbahnausbaukonzept weiter energisch vorangetrieben wird. Wir wollen ein größeres Straßenbahnnetz in Braunschweig und wir streben auch beim Busverkehr qualitative Verbesserungen an. Dazu gehören für uns z.B. auch eine Beschleunigung des ÖPNV (Grüne Welle für Bus und Bahn), attraktive Taktzeiten und ein Nachtverkehr an den Wochenenden und vor Feiertagen als Standardangebot.

### **3. Radverkehr:**

Unser Wahlprogramm sieht eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs vor. Dabei spielt nicht nur der Neubau von Radwegen oder die Ausweisung weiterer Fahrradstraßen eine große Rolle sondern vor allem auch die Sanierung und Modernisierung des bestehenden Radwegenetzes. Auch mehr und bessere Abstellanlagen sind wichtige Bestandteile der Infrastruktur für Radfahrer\*innen. Darüber hinaus werden wir auch auf Imagekampagnen für den Radverkehr setzen und uns vor allem darum bemühen, das Verkehrsklima und die Akzeptanz für das Radfahren zu verbessern.

Beim Winterdienst haben wir das aktuelle Modell unterstützt, das vorsieht, die Radwege entlang der wichtigsten Hauptverkehrsstraßen und die Fahrradstraßen mit Priorität zu räumen. Bei den Radwegen setzen wir auf die umweltfreundliche maschinelle Räumung und auf einen Verzicht auf Streusalz. Wir sind uns bewusst, dass dieses Konzept an vielen Stellen noch verbesserungsfähig ist und dass wir vor allem darauf hinwirken müssen, dass dieses an sich gute Konzept in der Praxis auch entsprechend umgesetzt wird.

### **4. Kulturpolitik:**

Braunschweig wird am Westbahnhof mit dem WestAnd ein neues soziokulturelles Zentrum bekommen, das nach unseren Wünschen auch ein Ort für studentisches Leben und alternative Kultur werden und die Möglichkeit zum Feiern bieten soll.

Uns liegt insbesondere die Förderung der freien Kulturszene am Herzen, die wir in Zukunft gleichberechtigt zu den etablierten Kulturangeboten fördern wollen. Wir schlagen vor, für Braunschweig einen Kulturentwicklungsplan vorzubringen. Ein solcher Plan soll dabei helfen, die Bedarfe in Zukunft besser zu erkennen und zielgerichteter konkrete Projekte fördern zu können. Ein solcher Kulturentwicklungsplan muss unserer Auffassung nach unter Beteiligung der

Braunschweiger\*innen erstellt werden, und dabei sind natürlich auch die Student\*innen herzlich eingeladen, ihre Vorstellungen einzubringen.

## **5. Flüchtlingspolitik und Antirassismuarbeit:**

Es ist insbesondere den großen Anstrengungen vieler Menschen in der Verwaltung zu verdanken, dass die Unterbringung der Flüchtlinge in Braunschweig im Großen und Ganzen sehr gut funktioniert hat. Insbesondere für unser Standortkonzept, das die dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen an insgesamt acht Standorten in der Stadt vorsieht, ist Braunschweig zu Recht über die Stadtgrenzen hinweg gelobt worden.

Integration ist aber natürlich mehr als die Versorgung mit Unterbringungsmöglichkeiten. Dieser Prozess beinhaltet z.B. ausreichende Möglichkeiten zum Spracherwerb und große Anstrengung bei der Integration in den Arbeitsmarkt für diejenigen, die als Asylbewerber\*innen anerkannt wurden und sich vermutlich dauerhaft in Braunschweig aufhalten werden.

Wir dürfen allerdings auch die Menschen nicht aus den Augen verlieren, die bereits vor Jahren als Migrant\*innen nach Braunschweig gekommen sind und ebenfalls noch auf unterstützende Angebote angewiesen sind.

Wichtig ist in unseren Augen, dass wir auch Angebote für die einheimische Bevölkerung machen. Wir müssen deren Befürchtungen ernst nehmen (auch wenn wir sie nicht teilen) und uns aktiv darum bemühen, Vorurteile abzubauen und Ängste zu nehmen. Integration kann letztlich nur gelingen, wenn beide Seiten, die Menschen, die zu uns kommen, und diejenigen, die bereits hier leben, auch zur Integration bereit sind.

## **6. Rechtsextremismus:**

„Klare Kante gegen Rechts!“ - das ist ein zentraler Slogan unseres Wahlkampfes. Die Bekämpfung rechtsextremen oder rechtspopulistischen Gedankenguts ist eines unserer Kernanliegen und wird von uns auch in der täglichen politischen Praxis gelebt. So unterstützen wir z.B. das „Bündnis gegen Rechts“ und insbesondere die „No Bragida“-Bewegung in Braunschweig sowohl personell wie auch finanziell.

Am kommenden Freitag (09. September) sind alle Interessierten herzlich dazu eingeladen, unsere Diskussionsveranstaltung mit dem grünen Europaabgeordneten Jan Philipp Albrecht zu besuchen. Diese Veranstaltung wird um 16:00 Uhr am Ringerbrunnen beginnen.

## **7. Meldewesen:**

Tatsächlich wurde im Rahmen der Beratungen für den Haushalt des Jahres 2016 die Zuzugsprämie für Studierende gekürzt. Solche Kürzungen sind aufgrund der wegbrechenden Gewerbesteuererinnahmen infolge der VW-Krise auch in anderen Teilen des städtischen Haushaltes notwendig geworden. Schon kurz nach der Wahl werden die Beratungen für den Haushalt 2017 beginnen und wir werden uns dafür einsetzen, dass viele der vorgenommenen Kürzungen im Falle einer besseren Haushaltslage wieder zurückgenommen werden. In diesem Zusammenhang werden wir auch die Zuzugsprämie für Studierende wieder thematisieren.

## **8. Koalitionsoptionen:**

Schon in der vergangenen Ratsperiode waren die Mehrheitsverhältnisse im Rat nicht immer klar. Deshalb haben wir uns bemüht, auf die anderen Parteien zuzugehen, Kompromisse auszuloten und Mehrheiten zu organisieren. So konnten auch dank unserer Arbeit viele wichtige Entscheidungen mit der sogenannten „Bunten Ratsmehrheit“ (Grüne, SPD, Linke, BİBS, Piraten) getroffen werden. Wir haben hierbei mehr als einmal unter Beweis gestellt, dass wir bereit sind, mit anderen Parteien Gespräche über wichtige Sachfragen zu führen.

Nach der jetzt anstehenden Kommunalwahl ist damit zu rechnen, dass die Situation noch schwieriger und mit der AfD eine Partei in den Rat einziehen wird, die am rechten Rand des demokratischen Parteienspektrums steht. Eine Zusammenarbeit mit dieser Partei kommt für uns nicht in Frage!